

Ä12

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptausschuss Juni 2021

Initiator*innen: Michaela Bröner

Titel: **Ä12 zu 7.3: Erklärung zum Thema Impfen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2**

Antragstext

Von Zeile 70 bis 83:

Reichtum von Staaten oder Personen gebunden ist. Dabei darf es nicht nur um die Prinzipien der Wirtschaft gehen, weshalb auch international koordinierte staatliche Maßnahmen ernsthaft erwogenverfolgt werden müssen[3]. ~~Dazu gehören das zeitweise Aussetzen der Patentrechte, das freiwillige Teilen von Know-How und Herstellungslizenzen, genauso wie die unbürokratische Unterstützung zur Ausweitung der Produktionskapazitäten weltweit~~müssen, um zum Beispiel auch Impfstoffpreise senken zu können. Eine befristete und umfangreiche Freigabe Gunsten des Wohlergehens der Impfstoffpatente ~~könnte eine schnelle und effiziente Möglichkeit sein, Ungleichheiten vor allem in den benachteiligten Ländern zu beheben. Die europäische und deutsche Politik darf sich nicht darauf beschränken, die Virusverbreitung nur im Inland zu verhindern. Denn das Virus kennt keine Landesgrenzen~~Menschen regulierend einzugreifen. [Leerzeichen] Der BDKJ ~~begrüßt~~unterstützt das Ziel der der COVAX-Initiative[4], ~~mit~~Mit diesem von der WHO koordinieren Mechanismus soll ein gerechter Zugang zu einem COVID-19-Impfstoff für Millionen von Menschen in armen Ländern ermöglicht werden soll. Damit dieses auch erreicht werden kann, muss das Programm mit ausreichenden finanziellen

Von Zeile 92 bis 93 einfügen:

Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der Regelversorgung im Gesundheitswesen zu unterstützen. Die im Juni 2021 beschlossene Spende der G-7-Staaten von einer Milliarde Impfdosen an ärmere Länder ist ermutigend, gleichzeitig aber nicht genug. Die WHO hält mindestens 8 Milliarden Impfdosen für notwendig, um eine Herdenimmunität in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu erreichen. Um zügig ausreichend Impfstoff bereitzustellen, müssen auch die Produktionskapazitäten ausgeweitet werden. Hierfür ist der Verzicht auf geistige Eigentumsrechte und ein Technologietransfer an Covid-19-Produkten ein wichtiges Instrument. Ein entsprechendes Abkommen der Welthandelsorganisation würde die Wettbewerbsbedingungen angleichen und den Ländern mehr Einfluss in ihren Gesprächen mit Unternehmen geben. In dieser besonderen Situation halten wir die Freigabe von Pateten von sinnvoll und geboten. Eine Pandemie ist kein Wettbewerb zwischen Unternehmen, sondern ein Wettlauf zwischen der Menschheit und einem Virus. Anstatt zu konkurrieren, müssen Individuen, Länder und Unternehmen alles tun, um zusammenzuarbeiten, um so die Pandemie zu beenden. Wir rufen deshalb alle politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung und der EU, insbesondere der EU-Kommission auf, Covid-19-Impfstoffe und andere wichtige Produkte zur Bekämpfung der Pandemie zu einem globalen öffentlichen Gut zu erklären. Es sollen alle nötigen Schritte unternommen werden, alle derzeit ungenutzten Produktionskapazitäten - vor allem in ärmeren Ländern - so schnell wie möglich zu nutzen. Denn eine intelligente Aussetzung der handelsrechtlichen Regeln für geistiges Eigentum, gekoppelt mit einem Technologietransfer zur Unterstützung einer effektiven Produktion so nah am lokalen Bedarf wie möglich, wird zu nachhaltigeren Lösungen beitragen, um den Zugang zu Impfstoffen zu gewährleisten und die globale Gesundheitskrise einzudämmen. Dies ist ein Gebot christlicher Nächstenliebe, menschlicher Solidarität ebenso wie rationalen Eigennutzes. Die europäische und deutsche Politik darf sich nicht darauf beschränken, die Virusverbreitung nur im Inland zu verhindern. Denn das Virus kennt keine Landesgrenzen. Es braucht deshalb deutlich mehr Einsatz der reichen Länder und eine unmittelbare Weitergabe von Impfstoffen, um zu verhindern, dass sich neue und gefährliche Virusvarianten entwickeln und weitere Corona-Ausbrüche weltweite Lieferketten unterbrechen können.